

Sylvia Kotting-Uhl

Sehr geehrte Frau Harms, sehr geehrter Herr Triebe, sehr geehrter Herr Teufel,
bitte finden Sie unten stehen Frau Kotting-Uhls Antworten auf Ihre Fragen.

Frage 1: Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Soweit das in veränderten Rahmenbedingungen (demografischer Wandel) möglich ist. Die Rentenkommission der Grünen hat sich besonders dem Thema Sicherungsniveau in der gesetzlichen Rente gewidmet. Hier finden Sie unseren Abschlussbericht:

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf Die Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt nur gewahrt, wenn langfristig Versicherten keine Altersarmut droht und wenn sich eigene Beiträge tatsächlich lohnen. Letzteres gilt für alle Einkommen gleichermaßen. Wir wollen eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit angemessenem Rentenniveau und einer Garantierente als Grundabsicherung. Das jetzige Rentenniveau darf auf keinen Fall weiter fallen.

Frage 2: Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja. Wir setzen uns seit langer Zeit für eine steuerfinanzierte Garantierente ein, die langfristig Versicherten eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus garantiert. Die Einzelheiten unseres Konzeptes finden Sie hier:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713493.pdf>

Frage 3: Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja. Unser Ziel ist die Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflege- ebenso wie in der Rentenversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger unter Berücksichtigung aller Einkunftsarten einbezogen werden. So werden diese Versicherungen wieder tatsächlich solidarische Projekte, was sie derzeit nicht sind. Also EINE Versicherung für alle!

Frage 4: Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Weitgehend. Die Rentenkommission der Grünen Partei hat beschlossen, die Einnahmesituation der Rentenkasse nachhaltig zu verbessern. Hierfür sind mehrere Maßnahmen notwendig, die auch aus gesellschaftspolitischen Gründen unsere Unterstützung finden. So muss sich z.B. der Bund stärker als bisher an den so genannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenkasse beteiligen. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente können nicht einseitig zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung gehen.

Frage 5: Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z. B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

Weitgehend. Wir setzen uns dafür ein, die Riester-Rente grundlegend zu reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einzuführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat in der Vergangenheit Fehlallokationen zulasten der Geringverdiener*innen nach sich gezogen. Bei der Frage der nachträglichen Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung befinden wir uns noch in einem fraktionsinternen Abstimmungsprozess. Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur EM-Rente aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab. Bei der Renteneinheit sind wir die einzige Partei, die sofort eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West fordert.

Mit den besten Grüßen
Britta Schöffel

Sylvia Kotting-Uhl MdB
Sprecherin für Atompolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 - 227 747 40

Fax: 030 - 227 767 42

Web: <http://www.kotting-uhl.de>